



## Tagesordnung:

### Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /  
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle  
Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom  
29. August 2012
- 3 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 3.1 Information zu den Ergebnissen der Gespräche zwischen KIS und Archiv e.V.  
bezüglich der Umsetzbarkeit der Eigentumsübertragung und den Stand der  
finanziellen Unterstützung durch privat Geldgeber  
siehe HA 30.5. - TOP 3.3
- 3.1.1 Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' -  
Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten  
Vorlage: 11/SVV/0825  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung -  
aus HA 30.05. - WV erste Sitzung HA im Sept.- siehe TOP 3.3.  
Ausschuss für Finanzen (ff)
- 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte  
Vorlage: 11/SVV/0874  
Fraktion Die Andere
- 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)  
Vorlage: 12/SVV/0022  
Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen
- 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den  
Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen  
Vorlage: 12/SVV/0023  
Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement  
Austauschblätter vom 25.01.2012
- 3.5 Offenlegung der Aufhebungsvereinbarungen  
Vorlage: 12/SVV/0401  
Fraktion FDP
- 3.6 Neue Homepage für Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0458  
Fraktionen FDP, CDU/ANW, Potsdamer Demokraten
- 3.7 Barrierefreie Gestaltung der städtischen Homepage  
Vorlage: 12/SVV/0493  
Fraktion Die Andere

- 3.8      Kein Verkauf von Meldeadressen  
Vorlage: 12/SVV/0474  
Fraktion Die Andere
- 3.9      Sitzungskalender 2013  
Vorlage: 12/SVV/0463  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung
- 3.10     Pauschale Mietsenkung im städtischen Wohnungsbestand  
Vorlage: 12/SVV/0470  
Fraktion Die Andere
- 3.11     Anhebung der Ausbildungsvergütung im Klinikum "Ernst von Bergmann"  
Vorlage: 12/SVV/0479  
Fraktion Die Andere
- 3.12     Wechsel städtischer Bediensteter in die private Wirtschaft  
Vorlage: 12/SVV/0536  
Fraktionen Potsdamer Demokraten und Die Andere
- 3.13     Kauf von 135 Wohnungen durch die ProPotsdam  
Vorlage: 12/SVV/0538  
Fraktionen Potsdamer Demokraten und DIE LINKE
- 3.14     'Büro für Bürgerbeteiligung' und 'Beteiligungsrat' der Landeshauptstadt Potsdam  
Vorlage: 12/SVV/0539  
Oberbürgermeister, Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen  
zur Erledigung
- 3.15     Handlungsauftrag Wagenhausburg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0570  
Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement
- 3.16     Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder  
Vorlage: 12/SVV/0468  
Fraktion DIE LINKE
- 4        Bad
- 4.1     Familien- und Sportbad Brauhausberg  
Vorlage: 12/SVV/0515  
Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport
- 4.2     Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg  
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender innerstädtischer  
Wohnungsbau  
Vorlage: 12/SVV/0556  
Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

- 5            Mitteilungen der Verwaltung
  
- 5.1         Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung  
              Vorlage: 12/SVV/0423  
              Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  
- 5.2         Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012  
              Vorlage: 12/SVV/0471
  
- 5.3         Garagenstandortkonzept  
              bzgl. DS 12/SVV/0292  
              Vorlage: 12/SVV/0542  
              Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung
  
- 6            Sonstiges

## **Protokoll:**

### **Öffentlicher Teil**

#### **zu 1         Eröffnung der Sitzung**

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung.

#### **zu 2         Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung/ Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 29. August 2012**

Der Oberbürgermeister stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 14 Mitglieder bzw. stellvertretende Mitglieder des Hauptausschusses anwesend.

Bezüglich der öffentlichen Tagesordnung schlägt er folgende Änderungen vor:

- die Tagesordnungspunkte 3.15 - Handlungsauftrag WagenHausBurg Hermannswerder, DS 12/SVV/0570 und 3.16 - Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder, DS 12/SVV/0468 sollen als erster Punkt nach der Feststellung der Tagesordnung behandelt werden.

**Zurückzustellen** sind:

- Tagesordnungspunkt 3.1, Information zu den Ergebnissen der Gespräche zwischen KIS und Archiv e.V. bezüglich der Umsetzbarkeit der Eigentumsübertragung und den Stand der finanziellen Unterstützung durch privat Geldgeber, da die Gespräche noch nicht abgeschlossen und weitere für Ende September verabredet worden seien,
- somit auch Tagesordnungspunkt 3.1.1 - Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten, DS 11/SVV/0825
- Tagesordnungspunkt 3.2 - Pachtzins für alternative Wohnprojekte, DS 11/SVV/0874, auch hier seien die Gespräche mit Vertretern der alternativen Wohnprojekte noch nicht abgeschlossen

- Tagesordnungspunkt 3.8 - Kein Verkauf von Meldeadressen, DS 12/SVV/0474, da hier das Votum aus dem Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung fehlt,
- Tagesordnungspunkt 5.1 – Mitteilungsvorlage - Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung, DS 12/SVV/0423 und
- Tagesordnungspunkt 5.2 – Mitteilungsvorlage - Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012, DS 12/SVV/0471, da beide erst im Ausschuss für Stadtentwicklung und Bauen beraten werden sollen.

Im Weiteren fragt Herr Dr. Scharfenberg nach, bis wann mit einem Abschluss der Gespräche bezüglich des Archiv e.V. und zu den alternativen Wohnprojekten zu rechnen ist und empfiehlt, diesbezüglich einen Termin festzulegen. Frau Dr. Magdowski entgegnet, dass der Archiv e.V. einen Termin hätte platzen lassen und der Oberbürgermeister schlägt vor, diesen Sachverhalt im Oktober – nach Stattfinden der Gespräche – wieder aufzurufen. Bezüglich der alternativen Wohnprojekte betont Frau Müller-Preinesberger, dass hierzu konstruktive und regelmäßige Gespräche geführt werden, sie aber noch keinen konkreten Termin zum Abschluss nennen könne.

Der Antrag von Herrn Dr. Scharfenberg, die Tagesordnungspunkt 3.3 - Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP), DS 12/SVV/0022, und 3.4 - Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen, DS 12/SVV/0023 - **zurückzustellen**, wird mehrheitlich **abgelehnt**, bei 6 Ja-Stimmen.

Im Weiteren bittet Herr Dr. Scharfenberg um eine Information bezüglich der Biosphäre, da in der Presse das weitere Verfahren anders dargestellt wurde, wie im letzten Hauptausschuss berichtet.

Gegen das von der Fraktion DIE LINKE beantragte Rederecht für einen Vertreter der WagenHausBurg erhebt sich kein Widerspruch.

Die so geänderte Tagesordnung wird mit 11 Ja-Stimmen, bei 4 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung bestätigt.

Zur Niederschrift der 75. öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses vom 29. August 2012 gibt es keine Hinweise; die Niederschrift wird mit 12 Ja-Stimmen, bei 4 Stimmenthaltungen **bestätigt**.

### zu 3 **Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung**

#### zu 3.1 **Information zu den Ergebnissen der Gespräche zwischen KIS und Archiv e.V. bezüglich der Umsetzbarkeit der Eigentumsübertragung und den Stand der finanziellen Unterstützung durch privat Geldgeber** siehe HA 30.5. - TOP 3.3

**zurückgestellt**

#### zu 3.1.1 **Bürgerhaushalt in Potsdam 2012 'TOP 20 - Liste der Bürgerinnen und Bürger' - Platz 11 - Kulturstandort 'Archiv' erhalten** **Vorlage: 11/SVV/0825**

Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung - aus HA 30.05. - WV erste Sitzung HA im Sept.- siehe TOP 3.3.  
Ausschuss für Finanzen (ff)

**zurückgestellt**

**zu 3.2 Pachtzins für alternative Wohnprojekte**

**Vorlage: 11/SVV/0874**

Fraktion Die Andere

**zurückgestellt**

**zu 3.3 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Stadtwerke Potsdam GmbH (SWP)**

**Vorlage: 12/SVV/0022**

Oberbürgermeister, Servicebereich Finanzen und Berichtswesen

Der Oberbürgermeister verweist auf die ausgereichte Tischvorlage.

Herr Dr. Scharfenberg führt an, dass dazu keine Verständigung in den Fraktionen möglich gewesen sei und da diese Fassung im Wesentlichen von der ursprünglichen abweiche, sollte sie schon aus formalen Gründen zurückgestellt werden.

Der Oberbürgermeister stellt den Antrag auf Zurückstellung und Beratung in den Fraktionen zur Abstimmung – der Antrag wird mit 7 Nein-Stimmen **abgelehnt**, bei 6 Ja-Stimmen und 3 Stimmenthaltungen.

Herr Dahmann bringt die Vorlage anschließend ein und erläutert die Ergebnisse der Verständigung mit der Kommunalaufsicht. Er begründet die Vorschläge für die Bestellung der Experten, von denen einer auf Vorschlag des Ostdeutschen Sparkassen- und Giroverbandes und einer auf Vorschlag des Verbandes kommunaler Unternehmen bestellt werden sollen.

Auf Nachfrage von Frau B. Müller, warum diese Experten ausgewählt worden seien, entgegnet der Oberbürgermeister, dass darüber zu verhandeln sei, wenn es andere Vorschläge seitens der Fraktionen geben sollte.

Frau Bankwitz merkt an, dass die Fraktion BürgerBündnis in der ursprünglichen Fassung vom Januar noch einen Sitz erhalten habe, in der jetzigen Form jedoch nicht mehr berücksichtigt werde. Frau Dr. Schröter führt aus, dass die Transparenzkommission ein höchstmögliches Maß der Beteiligung der Fraktionen empfohlen habe, was jetzt hätte berücksichtigt werden können. Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass die Transparenzkommission einen externen Sachverstand ebenso als gut befunden habe.

Nach einer Unterbrechung der Sitzung von 18:15 bis 18:25 Uhr (wegen WagenHausBurg – Demonstration) beantragt Herr Dr. Scharfenberg, eine Verständigung über die vorgeschlagenen Experten in den Fraktionen zu ermöglichen und die verbleibenden 9 Plätze nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren zu berechnen, da zumindest nach einem Telefonvermerk vom 26.04.12 die Kommunalaufsicht meinte, 2/3 der Gemeindevertreter sollen in den Aufsichtsräten vertreten sein.

Gegen den Antrag erhebt sich kein Widerspruch.

**zu 3.4 Abberufung und Neubestellung der von der Landeshauptstadt Potsdam in den Aufsichtsrat der SWP entsandten städtischen Vertreter/innen**

**Vorlage: 12/SVV/0023**

Oberbürgermeister, Beteiligungsmanagement

Austauschblätter vom 25.01.2012

siehe Tagesordnungspunkt 3.3

**zu 3.5 Offenlegung der Aufhebungsvereinbarungen**

**Vorlage: 12/SVV/0401**

Fraktion FDP

Herr Dahlmann führt dazu aus, dass die Aufhebungsvereinbarung in die Kompetenz des Aufsichtsrates falle und somit der Gesellschaftsvertreter gar nicht beteiligt gewesen sei. Im Weiteren habe man mit Herrn Paffhausen eine Verschwiegenheitsvereinbarung getroffen und handele es sich um Geschäftsgeheimnisse, so dass dem Antrag nicht gefolgt werden könne.

Der Antrag wird mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Der Oberbürgermeister, wird aufgefordert, in seiner Funktion des Gesellschaftervertreters die Aufhebungsvereinbarungen mit dem ehemaligen Geschäftsführer der SWP GmbH und der EWP GmbH vor den Stadtverordneten offen zu legen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 12

Stimmenthaltung: 3

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.6 Neue Homepage für Potsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0458**

Fraktionen FDP, CDU/ANW, Potsdamer Demokraten

Eingangs erläutert Frau Dr. Sommer den geplanten neuen Internetauftritt der Landeshauptstadt Potsdam, der inhaltlich bis Ende des Jahres und technisch bis zum Frühjahr 2013 umgesetzt werden solle.

In der sich anschließenden Diskussion spricht sich Herr Schultheiß gegen eine Änderung des jetzigen Auftritts aus. Herr Wartenberg bittet um eine bildliche Darstellung der Ortsteile, was laut Frau Dr. Sommer gern berücksichtigt werde; wobei sie dabei auf ein gutes Miteinander setze. Nach der Beantwortung weiterer Nachfragen erklärt Herr von der Osten-Sacken den Antrag als durch **Verwaltungshandeln erledigt**.

**zu 3.7 Barrierefreie Gestaltung der städtischen Homepage**

**Vorlage: 12/SVV/0493**

Fraktion Die Andere

Frau Dr. Sommer führt dazu aus, dass es erklärter Wille der Verwaltung sei, die Standards umzusetzen und dies bei der Ausschreibung der Leistung „ganz oben“

auf der Agenda stehe. Herr Sändig erklärt sich anschließend mit einer Terminänderung in Februar 2013 einverstanden.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Internetangebot der Landeshauptstadt Potsdam und der städtischen Unternehmen darauf zu prüfen, ob es den Anforderungen der Barrierefreien Informationstechnik-Verordnung 2 (BITV2) genügt.

Den Stadtverordneten ist bis zum ~~November 2012~~ **Februar 2013** das Prüfergebnis vorzulegen. Sollte die Prüfung ergeben, dass die BITV2 nicht hinreichend umgesetzt wird, sind die Kosten zu ermitteln, die für eine vollständige Umsetzung entstehen und den Stadtverordneten mitzuteilen.

**Abstimmungsergebnis:**  
einstimmig angenommen.

**zu 3.8**     **Kein Verkauf von Meldeadressen**  
**Vorlage: 12/SVV/0474**  
Fraktion Die Andere

zurückgestellt – es fehlt das Votum des Ausschusses für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung

**zu 3.9**     **Sitzungskalender 2013**  
**Vorlage: 12/SVV/0463**  
Stadtverordneter Schüler als Vorsitzender der StVV

Frau Dr. Schröter bittet, die Termine der Sitzungen der Stadtverordnetenversammlung im Januar und im Juni zu verschieben, da zum gleichen Zeitpunkt die Landtagssitzungen stattfinden und einige Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung auch Landtagsabgeordnete sind. Im Ergebnis werden die Sitzung des Hauptausschusses vom 30.01.2013 auf den 23.01.2013 und die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 23.01.13 auf den 30.01.2013 verlegt.

Die so geänderte Vorlage wird zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Sitzungskalender 2013 als Arbeitsgrundlage für die Stadtverordnetenversammlung, ihre Fraktionen und Ausschüsse sowie weiterer Gremien.

**Abstimmungsergebnis:**  
mit Stimmenmehrheit angenommen,  
bei einer Gegenstimme und  
einer Stimmenthaltung.



**zu 3.10 Pauschale Mietsenkung im städtischen Wohnungsbestand**  
**Vorlage: 12/SVV/0470**

Fraktion Die Andere

Herr Sändig bringt den Antrag ein; da kein weiterer Redebedarf besteht, wird dieser mit folgendem Wortlaut zur Abstimmung gestellt:

Die Vertreterinnen der Stadt Potsdam in den Gremien und Organen der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam und deren Tochtergesellschaften werden beauftragt, dafür Sorge zu tragen, dass diese Gesellschaften den Bestandmieterinnen eine Senkung der Netto-Kaltmiete um 20 % anbieten.

Die daraus entstehenden finanziellen Einbußen für den Unternehmensverbund Pro Potsdam sowie die entstehenden Einsparungen im städtischen Haushalt sind den Stadtverordneten vom Oberbürgermeister im November 2012 darzustellen.

Über die erforderlichen Verschiebungen der Prioritäten innerhalb des städtischen Haushaltes wird mit dem Haushaltsentwurf 2013 beraten und entschieden. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Haushaltsentwurf im November 2012 vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 1

Ablehnung: 12

Stimmhaltung: 3

Damit empfiehlt der Hauptausschuss der Stadtverordnetenversammlung, den Antrag **abzulehnen**.

**zu 3.11 Anhebung der Ausbildungsvergütung im Klinikum "Ernst von Bergmann"**

**Vorlage: 12/SVV/0479**

Fraktion Die Andere

Zu diesem Tagesordnungspunkt begrüßt der Oberbürgermeister Herrn Dienst und Frau Brau vom Klinikum „Ernst von Bergmann“. Nachdem Herr Sändig den Antrag eingebracht hat, verweist Frau Müller-Preinesberger darauf, dass es im Jahr 2012 bereits eine 13 %ige Erhöhung gegeben habe. Der Beschluss, DS 10/SVV/1079, so der Oberbürgermeister, sei bereits ein Schritt in diese Richtung. Herr Dienst verweist in seinen Ausführungen, dass dieser Beschluss auch umgesetzt worden sei und das Klinikum darin unterstützt habe, die Mitarbeiter fair bezahlen zu können – in 2013 werde weiter verhandelt, so dass Herr Schultheiß namens der Antragsteller den Termin der Berichterstattung auf 2013 verschiebt. Auf die Nachfrage von Herrn Heuer, ob denn gemäß des genannten Beschlusses gemeinsame Verhandlungen geführt wurden und den Hinweis, nicht ein Themenfeld aus diesen herauszulösen, um die Tarifverhandlungen in Gänze realistisch und zielorientierter führen zu können, antwortet Herr Dienst. Die Tarifverhandlungen bezüglich der Mitarbeiter seien etwas anderes als die für die Schüler, denn letztere werden mit der Krankenkasse geführt und da habe Brandenburg deutlich bessere Ergebnisse erzielt.

Im Ergebnis der Diskussion schlägt der Oberbürgermeister eine geänderte Textfassung mit folgendem Wortlaut vor, die von der Antragstellerin übernommen wird.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Die Vertreter/innen der Stadt Potsdam in den Gremien des städtischen Klinikums „Ernst von Bergmann“ **sollen darauf hinwirken, werden angewiesen, die nötigen Schritte zu veranlassen, um sicherzustellen**, dass Auszubildende im Potsdamer Klinikum eine Ausbildungsvergütung erhalten, die mindestens so hoch ist wie im Krankenhaus Brandenburg.

~~Die Stadtverordnetenversammlung~~ Der Hauptausschuss ist im ~~Dezember 2012~~ **September 2013** über den Sachstand zu informieren.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 15  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 1

**zu 3.12 Wechsel städtischer Bediensteter in die private Wirtschaft**

**Vorlage: 12/SVV/0536**

Fraktionen Potsdamer Demokraten und Die Andere

Herr Schultheiß bringt den Antrag ein. Anschließend erläutert Herr Exner, dass gemäß Grundgesetz Artikel 12 jedem eine Berufsfreiheit garantiert werde, es sei denn es wurde ein nachvertragliches Wettbewerbsverbot vereinbart, wofür aber 50 % des bisherigen Verdienstes für die Dauer dieser Vereinbarung zu zahlen seien. Diese Variante sehe der öffentliche Dienst jedoch nicht vor und würde eine zusätzliche Belastung des Haushalts bedeuten, so dass er eine Ablehnung des Antrags empfehle.

Herr Schultheiß bittet namens der Antragstellerinnen um eine Zurückstellung – es werde eine Verständigung in den Fraktionen zum weiteren Verfahren geben.

**zu 3.13 Kauf von 135 Wohnungen durch die ProPotsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0538**

Fraktionen Potsdamer Demokraten und DIE LINKE

Der Oberbürgermeister verweist eingangs darauf, dass ein Verkauf dieser Art hier nicht zur Disposition stehe, sondern es um den Verkauf der TLG als Grundstücksverwertungsgesellschaft des Bundes gehe. Auf die Anmerkung von Herrn Dr. Scharfenberg, dass die Pro Potsdam bereits ihre Bereitschaft zum Kauf der Wohnungen signalisiert habe, wenn denn die Möglichkeit bestünde, schlägt der Oberbürgermeister folgende Erklärung vor:

**Für den Fall, dass der Erwerber der TLG beabsichtigt, den sich in Potsdam befindenden Wohnungsbestand zu veräußern, wird die Pro Potsdam ein Gebot abgeben.**

Er bittet, den Antrag damit als erledigt zu betrachten. Dem stimmen die Antragstellerinnen zu.

**zu 3.14 'Büro für Bürgerbeteiligung' und 'Beteiligungsrat' der Landeshauptstadt Potsdam**

**Vorlage: 12/SVV/0539**

Oberbürgermeister, Fraktionen DIE LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen

zur Erledigung

Diese Vorlage, so der Oberbürgermeister, habe die Stadtverordnetenversammlung dem Hauptausschuss zur Erledigung überwiesen; er bringt diese anschließend ein und bedankt sich bei allen Beteiligten für die intensive und konstruktive Mitarbeit und Beratung.

Herr von der Osten-Sacken führt aus, dass er dieses Vorhaben für bemerkenswert halte, sich davon aber nicht viel verspreche. Frau Hüneke hingegen findet es durchaus praktisch, wenn sich der Bürger an eine Stelle wenden könne, um seine diesbezüglichen Anliegen loszuwerden. Herr Dr. Scharfenberg merkt an, dass auch er erst davon ausgegangen sei, ein Büro für Bürgerbeteiligung werde nichts bringen; im Ergebnis des intensiven und breit angelegten Beteiligungsprozesses finde er diesen Vorschlag jetzt gut.

Frau Bankwitz betont, dass sich ihre Fraktion darüber freue, dass dieser Beschluss zustande gekommen ist und große Hoffnungen in dessen Umsetzung setze.

Trotzdem, so Herr Schultheiß, bleibe es dem Bürger unbenommen, sich an den Vorsitzenden, die Fraktionen oder den Ausschuss für Eingaben und Beschwerden zu wenden und das werde er auch tun.

Der Hauptausschuss beschließt:

1. Einrichtung eines „Büros für Bürgerbeteiligung“ der Landeshauptstadt Potsdam, welches zu gleichen Teilen durch die Stadtverwaltung Potsdam und einen zu bestimmenden freien Träger gleichberechtigt besetzt wird. Das Büro soll bis Mitte 2013 seine Arbeit aufnehmen und folgende Aufgaben erfüllen:
  - Planung, Koordinierung und Begleitung von Prozessen der Beteiligung in Zusammenarbeit mit den zuständigen Fachbereichen der Stadtverwaltung;
  - Aktivierung der Einwohner durch Vernetzung, Mobilisierung und Information;
  - Kontrolle einheitlicher Standards der Bürgerbeteiligung (Kompetenzzentrum);
  - interner und externer Erfahrungsaustausch.
2. Gründung eines „Beteiligungsrates“ als sonstiges Beratungsgremium nach § 12 Hauptsatzung zur Begleitung der Arbeit des „Büros für Bürgerbeteiligung“. Bis Januar 2013 ist der Stadtverordnetenversammlung eine Geschäftsordnung vorzulegen, die Aufgaben, Zusammensetzung, Bildung und Größe des Beteiligungsrates bestimmen soll.
3. Das Büro für Bürgerbeteiligung wird beauftragt, in Kooperation mit dem Beteiligungsrat eine Ziel- und Aufgabenplanung für die Aufbauphase zu erarbeiten und der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.
4. Das Projekt wird über drei Jahre hinweg wissenschaftlich begleitet und evaluiert. Grundlage der Evaluation sind die „Grundsätze der Bürgerbeteiligung“ (Anlage). Nach einem Jahr ist der Stadtverordnetenversammlung ein Zwischenbericht vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13  
Ablehnung: 0  
Stimmenthaltung: 3

### zu 3.15 **Handlungsauftrag Wagenhausburg Hermannswerder**

**Vorlage: 12/SVV/0570**

Oberbürgermeister, Servicebereich Recht und Grundstücksmanagement

Eingangs nimmt Frau Schmotz das Rederecht für die WagenHausBurg wahr und erläutert die Auffassung zum Verhandlungsstand und zu den noch zu klärenden offenen Fragen.

Anschließend beantwortet der Gutachter Herr Dr. Richter die Nachfragen zur Bewertung der Grundstücke sowie Herr Exner zum Verkehrswertgutachten und zur Bebaubarkeit bzw. Verwertung der Grundstücke.

Auf die Nachfrage von Frau Hüneke zum Stand der Verhandlungen entgegnet der Oberbürgermeister, dass es diese gegeben habe, die Verhandlungspartner aber nicht zu einem übereinstimmenden Ergebnis gekommen seien. Die Beschlussvorlage knüpfe an die Mitteilungsvorlage 12/SVV/0437 an, die auf Grund des Beschlusses 11/SVV0787 in der Hauptausschusssitzung am 20.06.2012 vorgelegt wurde. In die Prüfung weiterer möglicher Standorte wurde seitens der Verwaltung viel Zeit und Mühe investiert. Die Stadt müsse überlegen, welche „Marschrichtung“ eingeschlagen werden solle und sich dabei die Haushaltslage vor Augen halten, denn die Stadt müsse Grundstücke veräußern, um weitere Investitionen tätigen zu können. Das werde sich in den nächsten Jahren verschärfen.

Herr Heuer betont, dass trotzdem alternative Wohnprojekte und Lebensformen eine Existenzberechtigung in der Stadt haben, abgewogen werden müsse. Der vorliegende Änderungsantrag resultiere aus einem Besuch von Frau Schmotz in der Fraktionssitzung der SPD und solle weitere Verhandlungen in den nächsten fünf Jahren ermöglichen. Er erläutert den Änderungsantrag mit folgendem Wortlaut:

*Der Hauptausschuss möge beschließen:*

1. *Die Bewohner der Wagenhausburg erhalten einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Für das Versetzen der Bauwagen in die bebaubare Fläche ist durch die Wagenhausburg eine Baugenehmigung zu beantragen, um nach Erteilung der Baugenehmigung die Bauwagen zu versetzen. **Die Kosten sind so zu bemessen, dass die angestrebte geringe weitere Nutzungsdauer dabei Berücksichtigung findet. Restwerte bei geringerer Nutzungsdauer sind in Abzug zu bringen und zu erstatten.***
2. *Parallel hierzu wird der Verkauf des Pachtgrundstückes der benachbarten Grundstücke zur Realisierung einer Wohnbebauung vorbereitet.*
3. *Vertraglich wird der Wagenhausburg ein Vorkaufsrecht für das derzeit genutzte Grundstück eingeräumt.*
4. *Bis zur Beendigung des Pachtvertrages wird die Landeshauptstadt Potsdam das Grundstück in Golm, Kuhforter Damm, als möglichen Ersatzstandort für die Wagenburg vorhalten. **Für das Grundstück ist die Machbarkeit der Ansiedlung verbindlich und unter Einbindung des Ortsbeirates und der Bewohner der Wagenhausburg festzustellen. Über den Fortgang dieser Vorbereitungen ist im Hauptausschuss halbjährlich Bericht zu erstatten.***
5. ***Die Verwertung des Grundstückes steht unter abschließendem Verkaufsvorbehalt der SVV.***

Dies begründe sich darin, dass die Bewohner der Wagenhausburg lt. Aussagen von Vertretern einem Umzug nicht absolut ablehnend gegenüberstehen, aber

viele Unwägbarkeiten befürchten und aus ihrer Sicht ungeklärte Probleme bezüglich des Standortes sehen. Die Probleme und Fragen müssen geklärt werden. Dieser Prozess solle auf Augenhöhe und unter Einbeziehung des Ortsbeirates passieren, um eine nachhaltige Lösung zu erreichen.

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass ihm in diesem Zusammenhang die Diskussion zu Projekten wie „Spartakus“ oder „Treffpunkt Freizeit“ einfallen, zu denen Zugeständnisse auch „erzungen“ werden müssten. In der Diskussion zur Mitteilungsvorlage habe die Fraktion DIE LINKE darauf aufmerksam gemacht, dass der Verbleib der WagenHausBurg scheinbar keine Rolle mehr spiele, worauf der Oberbürgermeister um einen konkreten Auftrag aus der Stadtverordnetenversammlung gebeten habe. Daraus resultiere der vorliegende Antrag seiner Fraktion. Die Stadtverwaltung könne auch einen anderen als den jetzt vorgeschlagenen Ansatz wählen, denn der Standort Hermannswerder werde das Wohnungsproblem der Stadt Potsdam nicht lösen. Dem schließt sich Herr Sändig an und betont, dass es die Zusage gegeben habe, über alle Konditionen zu verhandeln. In dem jetzt vorgelegten Vorschlag fehle aber die eines Erbbaupachtvertrages und damit jedwede Möglichkeit weiterer Verhandlungen.

Herr Exner verweist auf die in der Mitteilungsvorlage enthaltenen Varianten. Natürlich könne man über ein Erbbaurecht nachdenken, würde aber für 30 Jahre und länger das Grundstücksvermögen nicht aktivieren können. Gleichzeitig werde der Druck auf den Haushalt der Stadt bei sinkenden Schlüsselzuweisungen zunehmen. Außerdem müssen auch 75.000 Euro Erbpacht erst einmal aufgebracht werden.

Auf den Vorschlag von Frau Hüneke, die Vorlage zurückzustellen, entgegnet der Oberbürgermeister, dass auch weitere Gespräche nicht zu übereinstimmenden Ergebnissen führen werden, weil es zu bestimmten Punkten, wie z. B. der Grundstücksbewertung unterschiedliche Auffassungen gebe.

Die Zurückstellung des Antrags um 4 Wochen wird mit 10 Nein-Stimmen, bei 6 Ja-Stimmen abgelehnt.

Da alle Argumente ausgetauscht seien, so Herr Schultheiß, könne auch die Rednerliste abgeschlossen und abgestimmt werden.

Da keine Redner mehr auf der Rednerliste stehen, stellt der Oberbürgermeister den Änderungsantrag der Fraktion SPD – den er zuvor übernommen hat, zur Abstimmung:

#### ***Der Hauptausschuss beschließt:***

- 1. Die Bewohner der Wagenhausburg erhalten einen Pachtvertrag mit einer Laufzeit von 5 Jahren. Für das Versetzen der Bauwagen in die bebaubare Fläche ist durch die Wagenhausburg eine Baugenehmigung zu beantragen, um nach Erteilung der Baugenehmigung die Bauwagen zu versetzen. Die Kosten sind so zu bemessen, dass die angestrebte geringe weitere Nutzungsdauer dabei Berücksichtigung findet. Restwerte bei geringerer Nutzungsdauer sind in Abzug zu bringen und zu erstatten.***
- 2. Parallel hierzu wird der Verkauf des Pachtgrundstückes der benachbarten Grundstücke zur Realisierung einer Wohnbebauung vorbereitet.***
- 3. Vertraglich wird der Wagenhausburg ein Vorkaufsrecht für das derzeit genutzte Grundstück eingeräumt.***
- 4. Bis zur Beendigung des Pachtvertrages wird die Landeshauptstadt Potsdam das Grundstück in Golm, Kuhforter Damm, als möglichen***

**Ersatzstandort für die Wagenburg vorhalten. Für das Grundstück ist die Machbarkeit der Ansiedlung verbindlich und unter Einbindung des Ortsbeirates und der Bewohner der Wagenhausburg festzustellen. Über den Fortgang dieser Vorbereitungen ist im Hauptausschuss halbjährlich Bericht zu erstatten.**

5. **Die Verwertung des Grundstückes steht unter abschließendem Verkaufsvorbehalt der SVV.**

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 11  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 0

**zu 3.16 Erhalt des Standortes der WagenHausBurg Hermannswerder**

**Vorlage: 12/SVV/0468**

Fraktion DIE LINKE

Anschließend an die Diskussion zum Tagesordnungspunkt 3.15 entgegnet der Oberbürgermeister auf die Forderung von Herrn Dr. Scharfenberg bezüglich der Abstimmung des Antrags der Fraktion DIE LINKE, dass dieser mit der Annahme der DS 12/SVV/0570 erledigt sei. Dem schließt sich Herr Heuer an und betont, dass der Antrag nun keinen Sinn mehr mache.

Der Oberbürgermeister stellt gem. § 21 der Geschäftsordnung den Antrag, die Erledigung der DS 12/SVV/0468 festzustellen zur Abstimmung:

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 10  
Ablehnung: 5  
Stimmenthaltung: 1

**zu 4 Bad**

**zu 4.1 Familien- und Sportbad Brauhausberg**

**Vorlage: 12/SVV/0515**

Oberbürgermeister, FB Bildung und Sport

Der Oberbürgermeister informiert über das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen, der mit 6:0:4 zugestimmt hat und im 3. Punkt die Worte „spätestens zu“ gestrichen und dafür „vor“ eingefügt hat. Da kein weiterer Redebedarf besteht, wird die Vorlage mit dieser Änderung zur Abstimmung gestellt:

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

1. Das Finanzierungskonzept – Anlage 1 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird beschlossen.
2. Das Betreiberkonzept – Anlage 2 – für den Bau eines Familien- und Sportbades wird mit der Maßgabe der Vorläufigkeit beschlossen.
3. ~~Spätestens zur~~ **Vor** Beauftragung des Generalplaners für das Familien- und Sportbad durch die SWP sind der Stadtverordnetenversammlung die fortgeschriebenen Anlagen 1 und 2 (einschl. Anlagen) erneut zur

Beschlussfassung vorzulegen.

**Abstimmungsergebnis:**

Zustimmung: 13

Ablehnung: 0

Stimmenthaltung: 2

**zu 4.2 Städtebaulicher Wettbewerb Brauhausberg  
Einordnung des Familien- und Sportbades und ergänzender  
innerstädtischer Wohnungsbau**

**Vorlage: 12/SVV/0556**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Frau Hüneke erläutert eingangs das Votum des Ausschusses für Stadtentwicklung und Bauen, der die Anlage 1 um einen Punkt mit folgendem Wortlaut ergänzt hat:

- Optional kann die Einbeziehung von Minsk und/oder Badgebäude für neue Nutzungen untersucht werden

Hierbei gehe es darum, erst die städtebauliche Situation und Entwicklung zu klären und dann die Ausschreibung für das Bad zu starten.

Der Hauptausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, wie folgt zu beschließen:

Für die Formulierung der übergreifenden städtebaulich-architektonischen Bedingungen für die Einbindung des Familien- und Sportbades ist ein städtebaulicher Wettbewerb in Verantwortung der Stadt durchzuführen, der die Fläche nördlich und südlich der Max-Planck-Straße erfasst.

Dem Wettbewerb sind die in Anlage 1 zusammengestellten Ziele zugrunde zu legen.

An den städtebaulichen Wettbewerb soll sich ein hochbaulicher Realisierungswettbewerb für den Neubau des Familien- und Sportbades in Verantwortung der Stadtwerke anschließen.

**Abstimmungsergebnis:**

einstimmig **angenommen.**

**zu 5 Mitteilungen der Verwaltung**

**zu 5.1 Bericht zur Stadtentwicklung und Stadterneuerung**

**Vorlage: 12/SVV/0423**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

**zurückgestellt**

**zu 5.2 Statusbericht Regionaler Wachstumskern Potsdam 2012**

**Vorlage: 12/SVV/0471**

**zurückgestellt**

**zu 5.3 Garagenstandortkonzept  
bzgl. DS 12/SVV/0292**

**Vorlage: 12/SVV/0542**

Oberbürgermeister, FB Stadtplanung und Stadterneuerung

Herr Dr. Scharfenberg merkt kritisch an, dass in der Mitteilungsvorlage nicht darauf aufmerksam gemacht wurde, dass es Kaufanträge für Garagengrundstücke gebe, hier speziell der Garagengemeinschaft Tiroler Damm. Er schlägt vor, den Antrag zu prüfen und zu entscheiden, unabhängig davon, wie lange die vertragliche Sicherung des Garagenstandortes noch laufe.

Herr Exner betont, dass dazu alle Bedingungen und Voraussetzungen gegeben sein müssen und sich ein entsprechender Antrag im Geschäftsgang befinde. Zur Klärung der Empfehlung von Herrn Dr. Scharfenberg schlägt der Oberbürgermeister eine bilaterale Klärung vor.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.

**zu 6 Sonstiges**

keine Themen